



AUSTRIAN FINANCIAL REPORTING AND AUDITING COMMITTEE

Entwurf einer Stellungnahme

**„Fragen der IFRS-Bilanzierung und
-Berichterstattung im Zusammenhang mit der Ein-
führung der Gruppenbesteuerung“**

der Arbeitsgruppe

„International Financial Reporting Standards“

Vorsitzender der Arbeitsgruppe:

Alfred Wagenhofer (alfred.wagenhofer@uni-graz.at)

Bitte übermitteln Sie **Stellungnahmen** bis zum **4. Februar 2010**.

Dieser **Entwurf einer Stellungnahme** wird vom Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC) ausschließlich zur Einholung von Stellungnahmen der Öffentlichkeit publiziert. Der Entwurf kann im Lichte der Stellungnahmen der Öffentlichkeit verändert werden, bevor eine Stellungnahme des AFRAC publiziert wird.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind als **pdf-Datei** bis zum **4. Februar 2010** an **office@afrac.at** zu mailen. Alle Stellungnahmen der Öffentlichkeit werden auf der AFRAC Homepage publiziert, es sei denn der Absender erbittet Vertraulichkeit.

Das Austrian Financial Reporting and Auditing Committee (AFRAC) ist der privat organisierte und von zuständigen Behörden unterstützte österreichische Standardsetter auf dem Gebiet der Finanzberichterstattung und Abschlussprüfung. Die Mitglieder des Vereins "Österreichisches Rechnungslegungskomitee", dessen operatives Organ das AFRAC ist, setzen sich aus österreichischen Bundesministerien und offiziellen fachspezifischen Organisationen zusammen. Die Mitglieder des AFRAC sind Abschlussersteller, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Wissenschaftler, Investoren, Analysten und Mitarbeiter von Aufsichtsbehörden.

Die AFRAC Arbeitsgruppe "International Financial Reporting Standards" erarbeitet Comment Letters zu aktuellen IASB Veröffentlichungen sowie zu aktuellen Veröffentlichungen mit Bezug zur internationalen Bilanzierung anderer Standardsetter und Stellungnahmen zu österreichspezifischen Fragen der internationalen Bilanzierung, die dann vom AFRAC offiziell beschlossen werden. Als Autoren dieser Stellungnahme zeichnen Peter Geyer, Klaus Hirschler, Erich Kandler, Helmut Kerschbaumer, Harald Mair, Aslan Milla, Walter Müller, Otto Nowotny, Gerhard Prachner, Andreas Rauter, Roman Rohatschek und Alfred Wagenhofer, verantwortlich. Bitte entnehmen Sie weitere Informationen zu dieser Arbeitsgruppe sowie auch zum AFRAC der AFRAC Homepage unter www.afrac.at.

Austrian Financial Reporting and Auditing Committee – AFRAC

Schönbrunner Straße 222 - 228/1/6

1120 Wien – Österreich

Tel: +43 1 811 73 – 228

Fax: +43 1 811 73 – 100

Email: office@frac.at

Web: <http://www.afrac.at>

Copyright © Austrian Financial Reporting and Auditing Committee

All rights reserved

Änderungen der Stellungnahme vom Dezember 2008

Die wesentlichen Änderungen gegenüber der Stellungnahme vom Dezember 2008 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden

Grundsätzlich ist für die Berechnung latenter Steuern bei einem Gruppenmitglied der geltende Steuersatz heranzuziehen. Wenn aus einer Umlagevereinbarung der künftige Umlagesatz zuverlässig bestimmbar ist, kann auch dieser herangezogen werden. Dies ist aber nur bei der Belastungsmethode („stand-alone“) und bei der Periodenabrechnungsmethode (Vereinbarung eines festen Umlagesatzes) möglich.

2. Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988

Der Steuervorteil aus der Firmenwertabschreibung ist kein identifizierbarer Vermögenswert des erworbenen Unternehmens. Die Bilanzierung hat unter Anwendung der IFRSs zu erfolgen.

In den Grundlagen der Schlussfolgerungen werden Beispiele, wie dies erfolgen kann, gebracht. Dies kann beispielsweise die Anwendung von IAS 12.44 („out side basis differences“), IAS 12.34 („tax credits“) oder IAS 12.32A (Ansatz latenter Steueransprüche, soweit ein Geschäfts-/Firmenwert geringer als seine steuerliche Basis ist) sein.

3. Anhangangaben

Klarstellende Erweiterung der Anhangangaben für die Punkte 1. und 2. (siehe oben).

4. Inkrafttreten

Prospektiv auf Unternehmenszusammenschlüsse in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1.Juli 2009 beginnen; eine frühere Anwendung wird empfohlen.

Überblick

1. Hintergrund	2
2. Fragestellungen	3
3. Stellungnahmen	4
3.1. Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden	4
3.2. Ausweis von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden latenten Steueransprüchen und -schulden bei Gruppenmitgliedern	5
3.3. Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988	6
3.4. Bilanzierung von zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften	6
3.5. Erforderliche Anhangangaben über die Gruppenbesteuerung	8
4. Erstmalige Anwendung	9
A N H A N G: Grundlagen der Schlussfolgerungen	10
Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden	10
Bilanzierung von zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften	14
Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988	19

1. Hintergrund

- (1) Mit dem Steuerreformgesetz 2005 (BGBl I 2004/57) wurde die neue Gruppenbesteuerung des § 9 KStG 1988 ab der Veranlagung 2005 eingeführt. Kern der Gruppenbesteuerung ist die Möglichkeit, steuerliche Gewinne und Verluste unbeschränkt steuerpflichtiger Körperschaften miteinander zu verrechnen; im Rahmen der Gruppenbesteuerung können aber auch nach österreichischem Recht ermittelte Verluste ausländischer Gruppenmitglieder in Österreich verwertet werden. Die Körperschaftsteuer der gesamten Gruppe wird auf Ebene des Gruppenträgers festgestellt und dem Gruppenträger vorgeschrieben.
- (2) Voraussetzung für die Bildung einer Gruppe nach § 9 KStG ist unter anderem eine mittelbare oder unmittelbare Mehrheit der Anteile und der Stimmrechte der beteiligten Körperschaft an der Beteiligungskörperschaft sowie ein schriftlicher Gruppenantrag, in dem insbesondere zu erklären ist, dass zwischen den finanziell verbundenen inländischen Körperschaften jeweils eine Regelung über den Steuerausgleich vereinbart worden ist (vgl. dazu § 9 Abs 8 KStG 1988).
- (3) Ziel des Steuerausgleichs soll es sein, eine betriebswirtschaftlich und rechtlich sinnvolle Verteilung des beim Gruppenträger insgesamt für die Gruppe ermittelten und erhobenen Steueraufwands auf die einzelnen der Gruppe angehörenden inländischen Körperschaften zu erreichen. Hinsichtlich ausländischer zur Gruppe gehörender Körperschaften ist kein Steuerausgleich erforderlich, weil Verluste, die nach österreichischem Recht ermittelt und im Ausland nicht verwertet wurden, von ausländischen Körperschaften ohne Eingriff in deren sonstige Rechtsposition in Österreich verwertet werden können, wobei bei späterer Verwertung im Ausland bzw. spätestens bei Ausscheiden aus der Gruppe eine Nachversteuerung der in Österreich geltend gemachten Verluste zu erfolgen hat.

- (4) Eine weitere Rechtsfolge der Gruppenbildung ist, dass entsprechend den Bestimmungen des § 9 Abs 7 KStG 1988 auf Ebene der beteiligten Körperschaft (Gruppenträger bzw. beteiligtes Gruppenmitglied) eine im Steuerrecht so genannte Firmenwertabschreibung erfolgen muss, wenn diese nach dem 31.12.2004 eine Beteiligung an einer betriebsführenden unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft von einer nicht zum Konzern zählenden Körperschaft bzw. nicht von einem Gesellschafter mit beherrschendem Einfluss erwirbt. Diese Firmenwertabschreibung stellt steuerlich eine Betriebsausgabe dar, führt aber gleichzeitig zu einer Minderung des steuerlichen Buchwerts der Beteiligung an der Beteiligungskörperschaft.

2. Fragestellungen

- (5) Folgende Fragestellungen im Zusammenhang mit einer Berichterstattung nach internationalen Rechnungslegungsstandards, wie sie von der EU übernommen wurden (im Folgenden kurz „IFRS“), werden in dieser Stellungnahme behandelt:
- Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden.
 - Ausweis von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden latenten Steueransprüchen und -schulden bei Gruppenmitgliedern.
 - Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988.
 - Bilanzierung von zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften im Rahmen der Gruppenbesteuerung.
 - Erforderliche Anhangangaben über die Gruppenbesteuerung.

3. Stellungnahmen

3.1. Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden

- (6) Latente Steueransprüche und -schulden sind nach IAS 12.47 anhand der Steuersätze zu bewerten, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Schuld erfüllt wird, erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze (und Steuervorschriften) verwendet, die zum Abschlussstichtag gültig oder angekündigt sind („Liability Method“). Bezogen auf die österreichische Rechtslage bedeutet das derzeit einen Körperschaftsteuersatz von 25 %. Für den Fall künftiger Neuregelungen ist im Rahmen des österreichischen Gesetzwerdungsprozesses auf die Beschlussfassung durch den Nationalrat abzustellen. Bei beschlossenen Gesetzesänderungen kommt der darin vorgesehene geänderte Steuersatz zur Anwendung (vgl. dazu die Stellungnahme des IWP zu Einzelfragen zur Bilanzierung von Ertragsteuern unter Berücksichtigung der Steuerreform 2005 vom Jänner 2004). Wenn aus einer Umlagevereinbarung der künftige Umlagesatz zuverlässig bestimmbar ist, kann auch dieser herangezogen werden.
- (7) Da die einzelnen Gruppenmitglieder weiterhin unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften bleiben und als Steuersubjekte erhalten bleiben, kommt für Zwecke der Bemessung der latenten Steuern ausschließlich der am Bilanzstichtag geltende bzw. in Kürze geltende Steuersatz zur Anwendung, sofern nicht aus einer Umlagevereinbarung der künftige Umlagesatz zuverlässig bestimmbar ist. Soweit latente Steueransprüche aus Verlustvorträgen eines Gruppenmitglieds entstehen, ist unter Berücksichtigung bestehender latenter Steuerverpflichtungen nur insoweit ein Aktivum anzusetzen, als dafür ein Ausgleich in der Gruppe vorgesehen ist.

3.2. Ausweis von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden latenten Steueransprüchen und -schulden bei Gruppenmitgliedern

- (8) Für den Fall der Erstellung eines (Teil-)Konzernabschlusses gem. § 245a UGB („IFRS-Teilkonzern“), aber auch bei der (freiwilligen) Erstellung eines Jahresabschlusses nach IFRS, wo bei Vorliegen einer Gruppenbesteuerung der Gruppenträger die Konzernmuttergesellschaft des übergeordneten Konzerns ist, fehlt im IAS 12 eine explizite Regelung hinsichtlich der Zuordnung und des Ausweises von latenten Steueransprüchen und -schulden auf Ebene des Teilkonzerns/des Jahresabschlusses.
- (9) Hinsichtlich der Darstellung von tatsächlichen und latenten Ertragsteuern der einzelnen Konzerngesellschaften (Gruppenmitglieder und Nicht-Gruppenmitglieder) in der Gewinn- und Verlustrechnung des Teilkonzerns ist IAS 1.81(d) zu beachten, wonach Ertragsteueraufwendungen/-erträge (tatsächliche sowie sich aus latenten Steueransprüchen und -schulden ergebende Beträge) gesondert auszuweisen sind.
- (10) Für die Darstellung latenter Steueransprüche und -schulden der einzelnen Konzerngesellschaften (Gruppenmitglieder und Nicht-Gruppenmitglieder) in der Bilanz des Teilkonzerns sieht IAS 1.54(o) einen gesonderten Ausweis vor.
- (11) Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Steuerumlagen der Gruppenmitglieder gegenüber dem - nicht dem Teilkonzern zugehörigen – Gruppenträger sind als finanzielle Vermögenswerte bzw. Schulden gegenüber verbundenen Unternehmen auszuweisen. Die nach IAS 24 *Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen* erforderlichen Anhangangaben sind offen zu legen.

3.3. Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988

- (12) Der Steuervorteil aus der künftigen Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988 stellt zum Erwerbszeitpunkt keinen identifizierbaren Vermögenswert des erworbenen Unternehmens dar.
- (13) Die Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988 hat unter Anwendung und Einhaltung der Bestimmungen der geltenden IFRSs zu erfolgen. Die vom Unternehmen gewählte Bilanzierungs- und Bewertungsmethode ist nach IAS 1.117 im Anhang zu erläutern.

3.4. Bilanzierung von zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften

- (14) Zukünftige Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften sind eine Verpflichtung zur Zahlung von Ertragsteuern.
- (15) Aufgrund der Regelungen in § 9 Abs 6 Z 6 KStG hat ein Gruppenträger die steuerlichen Vorteile, die er durch die Übernahme der steuerlichen Verluste eines ausländischen Gruppenmitglieds erzielt hat, in folgenden Fällen bei seiner steuerlichen Gewinnermittlung wieder als Hinzurechnung zu berücksichtigen:
- Das ausländische Gruppenmitglied kann oder könnte seine steuerlichen Verlustvorträge mit eigenen steuerlichen Gewinnen verrechnen.
 - Das ausländische Gruppenmitglied scheidet aus der steuerlichen Unternehmensgruppe aus, bleibt aber Tochtergesellschaft.
 - Das ausländische Gruppenmitglied scheidet aus der steuerlichen Unternehmensgruppe durch Verkauf aus.
 - Das ausländische Gruppenmitglied wird liquidiert oder geht durch Insolvenz (Konkurs) unter.

- (16) Daraus ergibt sich, dass der Gruppenträger grundsätzlich die steuerlichen Vorteile, die er durch die Übernahme der steuerlichen Verluste eines ausländischen Gruppenmitglieds erzielt hat, wieder zurückführen muss, wobei im letzten Fall (Untergang) die Basis neu zu berechnen ist. Es liegt somit eine Verpflichtung zur Zahlung von Ertragsteuern vor.
- (17) Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Diskussion über die Höhe der nach zu versteuernden Beträge noch nicht abgeschlossen ist. Diesbezüglich wird auf die steuerliche Fachliteratur verwiesen.
- (18) Zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften sind als Verbindlichkeit für tatsächliche Ertragsteuern zu bilanzieren.
- (19) IAS 12.5 definiert den Begriff „tatsächliche Ertragsteuern“ wie folgt:
- „Die tatsächlichen Ertragsteuern sind der Betrag der geschuldeten (erstattungsfähigen) Ertragsteuern, der aus dem zu versteuernden Einkommen (steuerlichen Verlust) der Periode resultiert.“*
- Nach IAS 12.12 sind die tatsächlichen Ertragsteuern für die laufende und frühere Perioden in dem Umfang, in dem sie noch nicht bezahlt sind, als Schuld anzusetzen.
- (20) Da der Betrag, der aus dem Steuervorteil durch die übernommenen steuerlichen Verluste des ausländischen Gruppenmitglieds stammt und irgendwann in der Zukunft wieder zurückzuführen ist, nicht aus dem zu versteuernden Einkommen der laufenden Periode resultiert, handelt es sich um bedingt aufgeschobene Steuerschulden, die in IAS 12.12 nicht explizit abgedeckt sind.
- (21) Eine Anwendung der Bestimmungen für latente Steueransprüche und -schulden (IAS 12.15ff.) würde temporäre Differenzen voraussetzen, obwohl aus der steuerlichen Verlustübernahme selbst kein temporärer Unterschied zwischen einem Steuerwert und einem korrespondierenden IFRS-Buchwert entsteht, bestenfalls ein zeitlicher Ergebnisunterschied zwischen dem zu ver-

steuernden Einkommen und dem Periodenergebnis, der sich in Folgeperioden umdreht, vorliegt. Wesentlich für das Vorliegen von temporären Unterschieden sind allerdings die Ermittlung des Steuerwertes eines Bilanzpostens und der Vergleich mit dessen Buchwert in einem IFRS-Abschluss.

- (22) Die sinngemäße Anwendung von IAS 12.12 wird als sachgerecht angesehen. Daraus folgt, dass die Verpflichtung, aus der Übernahme ausländischer steuerlicher Verluste erzielte Steuervorteile wieder rückführen zu müssen, als Verbindlichkeit für tatsächliche Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden anzusetzen ist.

3.5. Erforderliche Anhangsangaben über die Gruppenbesteuerung

- (23) Die Darstellung und Erläuterung der Auswirkungen der Gruppenbesteuerung hat unter Anwendung von IAS 12 sowie ggf. IAS 1.117ff. zu erfolgen.
- (24) Aufgrund der Auswirkungen auf die Ertragsteuerveranlagung und die Steuerzahlung sind zunächst die Vorschriften über Anhangsangaben gem. IAS 12.79-88 zu beachten. Die Besonderheiten der Gruppenbesteuerung sind in sämtlichen Überleitungsrechnungen durch gesonderten Ausweis zu berücksichtigen (z.B. „Eingefrorene Verlustvorträge“, Verlustvorträge mit kurzfristigem/langfristigem Verwertungshorizont, Zins- bzw. Diskontierungseffekt).
- (25) Bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist insbesondere auch auf die für die Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 KStG angewandte Methode einzugehen.
- (26) Ebenso ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben, ob zukünftige Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften abgezinst im Abschluss erfasst werden und wenn ja, nach welcher Methode diese Abzinsung erfolgt.
- (27) Ist der Gruppenträger selbst nicht in den Konzernabschluss (Teilkonzernabschluss) einbezogen, dann sind iSv IAS 1.117 die wesentlichen Regelungen der Methode, nach welcher der konsolidierte Betrag des tatsächlichen und la-

tenen Steueraufwands auf die Gruppenmitglieder aufgeteilt wird, sowie die Art und Auswirkung von allen Änderungen dieser Methode (und bei der Ermittlung steuerbezogener Salden, welche Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gruppenmitgliedern darstellen) zu erläutern.

- (28) Weiters ist zur Beschreibung der Gruppenbesteuerungsmechanik und -verrechnung auch IAS 24 zu beachten.
- (29) Grundsätzlich sind die allgemeinen Vorschriften über die Saldierung von aktiven und passiven Steuerabgrenzungen (IAS 12.71-76) sinngemäß anzuwenden sowie im Falle einer Unterscheidung in langfristige und kurzfristige Vermögenswerte (Schulden) in der Darstellung der Bilanz latente Steueransprüche und -schulden bei einem Gruppenmitglied nicht als kurzfristige Vermögenswerte (Schulden) auszuweisen. Gem. IAS 1.61 sind im Anhang Beträge, die innerhalb bzw. außerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert oder erfüllt werden, gesondert anzugeben.

4. Erstmalige Anwendung

- (30) Diese Stellungnahme ist analog zu den Übergangsbestimmungen aller im Zusammenhang mit IFRS 3 (VO (EG) Nr. 495/2009) eingeführten Anpassungen prospektiv auf Unternehmenszusammenschlüsse in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, anzuwenden. Eine frühere Anwendung wird empfohlen.

A N H A N G: Grundlagen der Schlussfolgerungen

Bilanzierung von aus Steuerausgleichsvereinbarungen resultierenden Steuerumlagen und allfälligen latenten Steueransprüchen und -schulden

(A1) Zunächst ist die gem. § 9 Abs 8 KStG 1988 getroffene Umlagevereinbarung auf die Einhaltung nachfolgender Kriterien zu untersuchen:

- Systematik der Methode
- Betriebswirtschaftliche Begründ- und Nachweisbarkeit
- Konsistenz in der Anwendung

Sofern nach diesen Grundsatzüberlegungen die Umlagevereinbarung als angemessen angesehen werden kann, sind die laufenden Steuerumlagen an den Gruppenträger in gleicher Weise zu erfassen und zu verbuchen, wie wenn die Gesellschaft selbst Steuersubjekt wäre. Dementsprechend sind die betreffenden Beträge in der Gewinn- und Verlustrechnung als Posten Steuer aufwendungen darzustellen (IAS 1.81). Sonderfälle, die sich ergeben können, wenn die Umlagevereinbarung als im Sinne der angeführten Grundsatzüberlegungen nicht angemessen einzuschätzen ist, werden in dieser Stellungnahme nicht behandelt.

(A2) Diese Vorgehensweise ist insbesondere auch deshalb sachgerecht, weil die Anwendung der Gruppenbesteuerung auf Ebene des Gruppenträgers zwingend eine entsprechende Regelung über den Steuerausgleich in der Gruppe voraussetzt und daher Gruppenmitglieder wirtschaftlich in die Bemessung und Verteilung von Steueransprüchen und -schulden in einer Weise einzubeziehen sind, dass im Grunde eine vergleichbare Situation wie vorher bei einzeln unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften vorliegt. Die Bestimmungen zur Bilanzierung von Ertragsteuern sind daher sinngemäß anzuwenden.

(A3) In der Literatur und in der Praxis haben sich unterschiedliche Methoden der Steuerumlage herausgebildet:

a) Belastungsmethode („stand-alone“-Methode)

Die Belastungsmethode geht von der steuerlichen Selbständigkeit des einzelnen Gruppenmitglieds aus. Daher richtet sich die Höhe der Steuerumlage danach, welchen Betrag an Körperschaftsteuer das Gruppenmitglied zu zahlen gehabt hätte, wäre sein steuerliches Ergebnis nicht dem Gruppenträger zugerechnet worden (Fiktion des Nichtbestehens der Steuergruppe).

Weist daher ein Gruppenmitglied ein positives steuerliches Ergebnis aus, dann ist eine Steuerumlage in Höhe der fiktiven Steuerbelastung aufgrund des anzuwendenden Steuersatzes (derzeit in Österreich 25 %) an den Gruppenträger abzuführen. Bei einem steuerlichen Verlust erteilt der Gruppenträger entweder eine entsprechende Gutschrift oder merkt den überrechneten steuerlichen Verlust als „internen Verlustvortrag“ vor, der mit künftigen positiven steuerlichen Umlagen verrechnet wird.

b) Verteilungsmethode

Bei der Verteilungsmethode wird die vom Gruppenträger tatsächlich geschuldete Körperschaftsteuer nach betriebswirtschaftlich als vernünftig angesehene Schlüsseln (z.B. im Verhältnis der körperschaftsteuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder zueinander) auf die Gruppenmitglieder verteilt. Fällt aufgrund der vollständigen Verrechnung von steuerlichen Gewinnen und Verlusten keine Körperschaftsteuer an, so ist nach der Verteilungsmethode auch keine Steuerumlage zu verrechnen. Bei einem steuerlichen Verlust eines Gruppenmitglieds sehen Umlagevereinbarungen nach dieser Methode häufig keine Gutschrift, sondern einen „internen Verlustvortrag“ vor.

c) Periodenabrechnungsmethode

Bei der Periodenabrechnungsmethode wird ein fester Umlagesatz vereinbart, durch den der erwartete Vorteil der geringeren Steuerbelastung in der Gruppe an die einzelnen Gruppenmitglieder weitergegeben wird. Im Unterschied zur Verteilungsmethode hat die tatsächlich geschuldete Körperschaftsteuer einer

abgerechneten Periode keine unmittelbare Auswirkung auf die Höhe der Steuerumlagen.

d) Ergebnisabführungsvertrag

Besteht zwischen dem Gruppenträger und dem Gruppenmitglied ein gesellschaftsrechtlicher Ergebnisabführungsvertrag, ist eine Umlagevereinbarung nicht erforderlich, weil das gesamte unternehmensrechtliche Ergebnis des Gruppenmitglieds an den Gruppenträger zu verrechnen ist.

Wie in Rz 3 dargestellt, ist das Ziel des Steuerausgleichs eine betriebswirtschaftlich sinnvolle bzw. angemessene Verteilung des beim Gruppenträger insgesamt für die Gruppe ermittelten und erhobenen Steueraufwands auf die einzelnen der Gruppe angehörenden inländischen Körperschaften. Steuerumlagevereinbarungen in der oben dargestellten Form werden diesem Ziel gerecht.

- (A4) In Rz 6 der AFRAC Stellungnahme wird festgelegt, dass latente Steueransprüche und –schulden nach IAS 12.47 anhand des am Bilanzstichtag geltenden bzw in Kürze geltenden Steuersatzes zu bewerten sind.

Dies gilt sowohl für die Bewertung latenter Steueransprüche und –schulden beim Gruppenträger als auch für einen Teilkonzernabschluss oder Einzelabschluss eines Gruppenmitglieds, der nach IFRSs aufgestellt wird.

- (A5) Die Anwendung der Gruppenbesteuerung auf Ebene des Gruppenträgers setzt zwingend eine entsprechende Regelung über den Steuerausgleich in der Gruppe voraus. Gruppenmitglieder sind daher wirtschaftlich in die Bemessung und Verteilung von Steueransprüchen und -schulden in einer Weise einzubeziehen, dass im Grunde eine vergleichbare Situation wie vorher bei einzeln unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften vorliegt.

Daraus folgt, dass die Bestimmungen zur Bilanzierung von Ertragsteuern sinngemäß anzuwenden sind. Weiters ist daraus abzuleiten, dass auf Grundlage einer für ein Gruppenmitglied weiterhin bestehenden unbeschränkten

Steuerpflicht und daher einer Betrachtung als Steuersubjekt für den Ansatz latenter Steueransprüche und –schulden im Einzelabschluss oder Teilkonzernabschluss - genauso wie bei einer eigenständig steuerpflichtigen Körperschaften - die Anwendung der "enacted tax rate" auch im Falle abweichender Umlagevereinbarungen grundsätzlich geboten erscheint.

- (A6) Wenn aus einer Umlagevereinbarung der künftige Umlagesatz zuverlässig bestimmbar ist, kann auch dieser herangezogen werden. Der künftige Umlagesatz ist nur bei der Belastungs- und bei der Periodenabrechnungsmethode zuverlässig bestimmbar, da nur bei diesen Methoden ein fester Umlagesatz vereinbart wird. Mehrfache Änderungen des Umlagesatzes bei der Periodenabrechnungsmethode führen aber dazu, dass keine zuverlässige Bestimmbarkeit vorliegt. Auf die betriebswirtschaftlich sinnvolle bzw. angemessene Verteilung des Steueraufwandes wird ausdrücklich hingewiesen (vgl. Rz A1 – A3).
- (A7) Einige sind der Auffassung, dass latente Steueransprüche und -verpflichtungen in einem Teilkonzernabschluss eines Gruppenmitglieds mit dem sich aus der Steuerumlagevereinbarung ergebenden Umlagesatz zu bewerten sind, da es sonst zu einer Über- oder Unterbewertung der aktiven und passiven latenten Steuern kommt.

Die Umkehrung der latenten Steueransprüche und -verpflichtungen erfolgt beim Gruppenträger. Das Gruppenmitglied wird nur mit dem in der Steuerumlagevereinbarung vereinbarten Umlagesatz be- bzw. entlastet. Werden die latente Steueransprüche und -verpflichtungen beim Gruppenmitglied aber mit dem jeweils geltenden lokalen Steuersatz (enacted tax rate) bewertet, führte die Be- bzw. Entlastung mit einem davon abweichenden Umlagesatz jeweils zu einer verdeckten Einlage bzw. Ausschüttung.

Zudem kann es zu einer Überbewertung aktiver latenter Steuern kommen, da bei Umkehrung nur ein Vorteil in Höhe des in der Steuerumlagevereinbarung festgelegten Umlagesatzes entsteht.

- (A8) Dem ist entgegenzuhalten, dass Gruppenmitglieder weiterhin unbeschränkt steuerpflichtige Steuersubjekte sind.

Da die einzelnen Gruppenmitglieder weiterhin unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften bleiben und als Steuersubjekte erhalten bleiben, kommt auch im Fall der tatsächlichen Steuerverrechnung auf Grundlage besonderer Umlagesteuersätze für Zwecke der Bemessung der latenten Steuern ausschließlich der am Bilanzstichtag geltende bzw. in Kürze geltende Steuersatz zur Anwendung. Soweit latente Steueransprüche aus Verlustvorträgen eines Gruppenmitglieds entstehen, ist unter Berücksichtigung bestehender latenter Steuerpflichtungen nur insoweit ein Aktivum anzusetzen, als dafür ein Ausgleich in der Gruppe vorgesehen ist oder wahrscheinlich erwartet werden kann. Somit kann es nicht zu einer Überbewertung aktiver latenter Steuern kommen.

Sofern die Steuerausgleichsvereinbarung als angemessen angesehen werden kann, da die Höhe der Steuerumlage betriebswirtschaftlich Begründ- und Nachweisbar ist, liegt auch keine verdeckte Ausschüttung bzw. Einlage vor.

- (A9) Unter Erwägung aller Argumente kam das AFRAC zu dem Schluss, dass latente Steueransprüche und -pflichtungen in einem Teilkonzernabschluss eines Gruppenmitglieds grundsätzlich mit dem sich aus IAS 12.47 ergebenden Steuersatz zu bewerten sind, wenn nicht aus einer Umlagevereinbarung ein anderer künftiger Umlagesatz zuverlässig bestimmbar ist.

Bilanzierung von zukünftigen Steuerverpflichtungen aus der Anrechnung von Verlusten ausländischer Tochtergesellschaften

- (A10) In Rz 22 der AFRAC Stellungnahme wird festgelegt, dass die Verpflichtung, aus der Übernahme ausländischer steuerlicher Verluste erzielte Steuervorteile wieder rückführen zu müssen, als eine Schuld für tatsächliche Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden anzusetzen ist. IAS 12.12 ist demnach sinngemäß anzuwenden.

(A11) Für eine Bilanzierung als Schuld für tatsächliche Ertragsteuern sprechen folgende Argumente:

- IAS 12.5 definiert den Begriff „tatsächliche Ertragsteuern“ wie folgt: „Die tatsächlichen Ertragsteuern sind der Betrag der geschuldeten (erstattungsfähigen) Ertragsteuern, der aus dem zu versteuernden Einkommen (steuerlichen Verlust) der Periode resultiert.“
- Nach IAS 12.12 sind die tatsächlichen Ertragsteuern für die laufende und frühere Perioden in dem Umfang, in dem sie noch nicht bezahlt sind, als Schuld anzusetzen.
- Da der Betrag, der aus dem Steuervorteil durch die übernommenen steuerlichen Verluste des ausländischen Gruppenmitglieds stammt und irgendwann in der Zukunft wieder zurückzuführen ist, nicht aus dem zu versteuernden Einkommen der laufenden Periode resultiert, handelt es sich um bedingt aufgeschobene Steuerschulden, die in IAS 12.12 nicht explizit genannt sind.
- Für die Subsumierung der Verpflichtung zur Rückzahlung des Steuervorteils unter IAS 12.12 spricht insbesondere, dass es sich wirtschaftlich um eine Steuerstundung handelt. Das die Rückzahlungsverpflichtung auslösende Ereignis ist der Ansatz der übernommenen ausländischen Verluste in der Steuererklärung des Gruppenträgers. Es liegt somit eine Schuld im Sinne der IFRS vor (gegenwärtige Verpflichtung - da Rückzahlungsverpflichtung nach § 9 Abs 6 Z 6 KStG besteht; aus einem Ereignis der Vergangenheit - durch Geltendmachung in der Steuererklärung; Ressourcenabfluss wahrscheinlich - nach § 9 Abs 6 Z 6 KStG so gut wie sicher).

Die Frage, ob Schulden für tatsächliche Ertragsteuern zu diskontieren sind, wenn diese Steuern über einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten zu zahlen sind, ist nicht eindeutig gelöst. Im Juni 2004 diskutierte das IFRIC diese Frage und entschied, sie nicht auf die Agenda zu setzen, weil das IASB plane, IAS 20 Beihilfen der öffentlichen Hand zu überarbeiten. Die Bewertung einer

langfristigen Schuld für tatsächliche Ertragsteuern kann daher entweder in Anlehnung an IAS 20.10A (Vorteil eines öffentlichen Darlehens zu einem unter dem Marktzins liegenden Zinssatz) oder an IAS 39 (Finanzinstrument) erfolgen.

Nach IAS 20.10A sind Darlehen der öffentlichen Hand, die unter dem Marktzinssatz verzinst sind, in Übereinstimmung mit IAS 39 (d.h. nach der Effektivzinsmethode) zu bilanzieren.

Eine Bilanzierung nach den Regeln des IAS 39 bedeutet, dass die Verpflichtung bei der erstmaligen Erfassung mit ihrem Zeitwert anzusetzen und in der Folge unter Anwendung der Effektivzinsmethode aufzuwerten ist.

(A12) Eine Subsumierung des Sachverhaltes unter IAS 37 ist nicht möglich, weil IAS 37.5 bestimmt, dass in den Fällen, in denen ein anderer Standard bestimmte Rückstellungen behandelt, der betreffende Sachverhalt nach dem entsprechenden Standard zu behandeln ist. IAS 37.5 erwähnt ausdrücklich Ertragsteuern als eine Rückstellungsart, die in IAS 12 speziell geregelt ist.

(A13) Andere Anwender sind der Ansicht, dass die Verpflichtung, aus der Übernahme ausländischer steuerlicher Verluste erzielte Steuervorteile wieder zurückführen zu müssen, zwar nicht explizit unter die Definition einer latenten Steuerschuld gemäß IAS 12.5 fällt, es aber dennoch sachgerechter ist, diese Verpflichtung als latente Steuerschuld zu behandeln, da sie sich aus einer Differenz im zu versteuernden Einkommen ergibt, die sich in einer späteren Periode wieder umkehrt. Darüber hinaus existiert zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächliche Schuld gegenüber dem Finanzamt.

Gegen die Anwendung der Regeln für die Bilanzierung als tatsächliche Steuern wird auch eingewendet, dass gemäß der Definition in IAS 12.5 tatsächliche Ertragsteuern jenen Betrag an geschuldeten (erstattungsfähigen) Ertragsteuern darstellen, der aus dem zu versteuernden Einkommen der Periode resultiert. Diese Definition schließe eine potenzielle Rückzahlungsverpflichtung von Verlusten eines ausländischen Gruppenmitgliedes aus, da die zugrunde

liegende Mehr-/Weniger-Rechnung erst das zu versteuernde Einkommen definiert. Demgegenüber besteht geradezu ein typisches Merkmal latenter Steuern darin, dass sie aus sich in der Zukunft umkehrenden Differenzen resultieren.

Dem ist entgegen zu halten, dass nach IAS 12.5 latente Steuern auf temporäre Differenzen zu bilden sind, die als Unterschied zwischen dem Buchwert eines Vermögenswertes oder einer Schuld und seinem Steuerwert entstehen. Den im Jahresabschluss erfassten Rückzahlungsverpflichtungen steht aber ein gleich hoher Steuerwert gegenüber. Der Steuerwert einer Schuld wird in IAS 12.8 definiert als deren Buchwert abzüglich aller Beträge, die für steuerliche Zwecke hinsichtlich dieser Schuld in zukünftigen Perioden abzugsfähig sind.

- (A14) Einige Anwender sind der Ansicht, dass die latente Verpflichtung, den Steuervorteil wieder zurückführen zu müssen, substantiell einem negativen Verlustvortrag entspricht und daher in Analogie zu IAS 12.34 zu bilanzieren sei. Es liegt zwar keine zu versteuernde temporäre Differenz nach IAS 12.15 vor, aber der Standard selbst hat durch die Bestimmungen über noch nicht genutzte steuerliche Verluste und noch nicht genutzte Steuergutschriften eine Ausnahme vom Grundprinzip der „balance-sheet-liability“-Methode geschaffen. Durch diese Verwertung entsteht ein „negativer Verlustvortrag“, der bei entsprechendem positivem Ergebnis der Tochtergesellschaft wieder ausgeglichen wird.

Die materielle Konsequenz würde darin liegen, dass latente Steuern keiner Abzinsung unterliegen, auch wenn wirtschaftlich gesehen in vielen Fällen eine Abzinsung zu befürworten wäre. Gemäß IAS 12.54 würde eine verlässliche Bestimmung latenter Steuern auf Grundlage einer Abzinsung eine detaillierte Aufstellung des zeitlichen Verlaufs der Umkehrung der Steuerwirkung erfordern. Da dies in vielen Fällen nicht durchführbar wäre, ist eine Abzinsung weder erforderlich noch gestattet. Es erscheine daher nicht sinnvoll, entgegen

diesen Überlegungen für latente Steuern in einem vergleichbaren Fall eine Abzinsung zu verlangen. Vielmehr weise der vorliegende Sachverhalt eine den latenten Steuern sehr ähnliche Charakteristik auf, so dass eine analoge Anwendung der Regelungen für latente Steuern näher liege als jene für tatsächliche Steuern.

Den beim Gruppenträger genutzten ausländischen Verlusten stehen beim ausländischen Gruppenmitglied in der Regel latente Steueransprüche aus Verlustvorträgen (aber auf Grund des ausländischen Steuersatzes in der Regel in anderer Höhe) gegenüber. Deshalb sei es nicht einsichtig, warum der beim Gruppenträger zu bildende Schuldposten nach den Regeln für tatsächliche Ertragsteuern beurteilt werden soll, während der „Ausgleichsposten“ den Bestimmungen für latente Steuern unterliegt. Dadurch käme es dazu, dass der Schuldposten abzuzinsen ist, während für den „Ausgleichsposten“ ein Abzinsungsverbot greift. Folge davon ist, dass per Saldo ein Aktivüberhang bestehen bliebe.

Dem ist entgegenzuhalten, dass sich hier ganz unterschiedliche Steuerregimes (bezogen auf die Steuerbasis wie auch auf den Steuersatz) gegenüberstehen, was zum Teil dazu führen kann, dass es eingefrorene Verlustanteile geben kann, soweit beispielsweise steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften im Ausland bestimmte Aufwendungen im Vergleich zu den österreichischen Vorschriften nicht als Betriebsausgaben anerkennen.

Weiters ist zu beachten, dass eine Nachversteuerung von angerechneten Verlusten einer ausländischen Tochtergesellschaft auch unabhängig von der Ergebnisentwicklung dieser Gesellschaft bei Auflösung der Gruppe anfallen.

(A15) Unter Erwägung aller Argumente kam das AFRAC zu dem Schluss, dass eine Bilanzierung der Verpflichtung zur Rückführung eines aus der Übernahme steuerlicher Verluste eines ausländischen Gruppenmitgliedes als Verbindlichkeit aus tatsächlichen Ertragsteuern den Bestimmungen des IAS 12 am ehesten entspricht.

Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988

- (A16) Gemäß dem in IFRS 3.10 (2008, VO (EG) Nr. 495/2009) festgelegten Ansatzgrundsatz hat der Erwerber zum Erwerbszeitpunkt die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte, die übernommenen Schulden und alle nicht beherrschenden Anteile an dem erworbenen Unternehmen getrennt vom Geschäfts- oder Firmenwert anzusetzen. Der Steuervorteil aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG 1988 stellt keinen solchen identifizierbaren Vermögenswert des erworbenen Unternehmens dar. Der Steuervorteil entsteht erst durch Schaffung aller Voraussetzungen für den Gruppenantrag (insbesondere die Steuerausgleichsvereinbarung) durch den Erwerber und dessen Genehmigung durch die Finanzbehörde.
- (A17) Bei dem Steuervorteil aus der Firmenwertabschreibung handelt es sich auch nicht um einen eigenen latenten Steueranspruch des Erwerbers, der vor dem Unternehmenszusammenschluss aufgrund von getroffenen Einschätzungen nicht angesetzt wurde. Insoweit ist die Sondervorschrift IAS 12.67 in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht anwendbar.
- (A18) Für die Bilanzierung des Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung hat der Erwerber daher eine Rechnungslegungsmethode gemäß IAS 8.10 (Auswahl und Anwendung einer Rechnungslegungsmethode bei Fehlen eines IFRS) zu entwickeln und anzuwenden, sowie im Anhang ausführlich zu beschreiben.
- (A19) Solche Rechnungslegungsmethoden können beispielsweise sein:
- Behandlung der Abschreibung nach § 9 Abs 7 KStG 1988 als temporäre Differenz von Anteilen an Tochterunternehmen (IAS 12.38f, sogen. „outside basis differences“)
 - Ansatz als noch nicht genutzte Steuergutschriften (IAS 12.34f, sogen. „tax credits“) oder

- Anwendung des IAS 12.32A (Ansatz latenter Steueransprüche, soweit ein Geschäfts-/Firmenwert geringer als seine steuerliche Basis ist).

Die Bilanzierung richtet sich entsprechend der Bestimmungen der gewählten Vorgangsweise und ist stetig auf gleichartige Sachverhalte bei Unternehmenszusammenschlüssen anzuwenden (Grundsatz der Stetigkeit der Bewertung und Darstellung gemäß Rahmenkonzept F.39ff).